



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

OD/X/ 4 - 21. 3. 1955

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31-33  
Fernschreiber 039 890

## O S T . . . . . D I E N S T

Hinweise  
auf den Inhalt

Kriegsgespenst über Pankow	Seite 1
Nur 2 von 40 lassen sich "weihen"	Seite 3
Die Meinung der Zone	Seite 5
Glosse: Die gestohlene "Aktionseinheit"	Seite 6

### Das Ende des "Neuen Kurses"

H.St. Alias, was das Zentralkomitee der SED seit der Kritik Ulbrichts an der wirtschaftlichen Misere der Zonenwirtschaft im November unternommen hat, läßt sich auf einen Nenner bringen: Die Phase des "Neuen Kurses" ist auch in der deutschen Sowjetzone beendet.

Nach dem Umweg, der von der Notwendigkeit diktiert war, den Widerstand der Arbeiter und Bauern einzudämmen, sowie die eigenen Kader zu festigen, bekennt man sich jetzt wieder offen zur alten Politik der Ausweitung der Schwerindustrie, die man im Jahre 1953 als "übertrieben, unsinnig und verhängnisvoll" bezeichnet hatte. Die politische Entwicklung zur Zeit des "Neuen Kurses" zeigt Ulbricht überdies, daß ohne Schaden für das Regime am Grundgesetz der Zonenwirtschaft nicht gerüttelt werden kann. Dieses Grundgesetz besteht in dem Bekenntnis zum Zwang als der wichtigsten Triebkraft der Zonenwirtschaft.

SPD-Pressedienst

21. 3. 1955

OD/X/4

Dieser Zwang, ob man das heute noch zugibt oder nicht, hatte 1953 seinen Bankrott anmelden müssen. Später, im "Neuen Kurs", haben Ulbricht und das ZK die Erfahrung machen müssen, daß auch der weiche Kurs nicht voran führt. Sie haben ihr mit neuen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, einem zweijährigen Zeitverlust und einer wachsenden Unrentabilität der Betriebe teuer bezahlt. Das Defizit der Mehrzahl der Betriebe brachte den Haushalt der Zone völlig durcheinander und muß nun selbst um den Preis des erneut anwachsenden Widerstandes überwunden werden.

#### Dilemma ohne Ausweg

Heute jagen sich nun "theoretische" und "wissenschaftliche" Konferenzen, Ministerratsbeschlüsse, ZK-Weisungen und dgl. Es gilt, aus dem zweiten Bankrott, der gleichermaßen den Totalbankrott der "Polit-Ökonomie" und die verschärfte Existenzkrise des Sowjetregimes ankündigt, einen Ausweg zu finden.

Als 1953 der "Neue Kurs" proklamiert wurde, versuchte das ZK noch, das Prinzip der Normensteigerung aufrecht zu erhalten. Erst der Juniaufstand zwang die SED zum Nachgeben auch in dieser Frage. Beim Abbau des "Neuen Kurses" wagt man sich nun zuerst wieder an das Problem der Normensteigerung. Angesichts des wirtschaftlichen Zusammenbruchs erscheinen nämlich die Steigerung der Normen und die damit verbundenen Lohnsenkungen als das einzige Mittel, um durch eine Steigerung der Produktivität eine gewisse Rentabilität zu erreichen.

Dabei steht man propagandistisch vor der Schwierigkeit, erneut das zu verdammnen, was man bei der Verkündung des "Neuen Kurses" als Beweis für den "sozialen Charakter" des SED-Regimes angeführt hatte. Man muß erneut die zukünftige Besserung der Lebenslage einem vorherigen Ausbau der Schwerindustrie opfern. Außerdem hatte man die Verkündung des "Neuen Kurses" mit der Behauptung verbunden, man wolle damit eine Annäherung beider Teile Deutschlands ermöglichen. Die SED ist die Antwort schuldig geblieben, wie sie jetzt die Rückkehr zum alten Kurs begründen will. Der Cheftheoretiker der Partei, Gelsner, sprach auf einer Konferenz der sowjetzonalen Wirtschafts-

SPD-Pressedienst

21. 3. 1955

OD/X/4

wissenschaftler von dem "Übergangsstadium zwischen Kapitalismus und Sozialismus", in dem man sich gegenwärtig befinde. Damit hat man sich auch in der ideologischen Verbrämung wieder dem Ziel von 1952 angenähert, nämlich der "Volksdemokratisierung" der Zone.

Es kennzeichnet die Ausweglosigkeit der Verhältnisse in der SBZ, daß Ulbricht heute keine andere Möglichkeit mehr hat, als die, die schon 1953 den Topf zum Überlaufen brachte. Dies zeigt die Existenzkrise eines Regimes, das sich hilflos um die eigene Achse dreht, ohne auch nur einen einzigen Schritt vorkommen zu können. Darin liegt ein Politikum ersten Ranges. Nicht nur für die Bevölkerung der Zone, die wieder einmal neue Lasten und eine schlechtere Versorgung in Kauf nehmen muß, sondern auch für die gesamtdeutsche Situation.

Kommunistische Jugendweihen wenig gefragt

R.M. Zur Zeit bemüht sich die SED, die Jugendlichen der Zone zur Teilnahme an sogenannten "Jugendweihen" zu gewinnen, mit denen die achtjährige Grundschulausbildung beendet werden soll. Die Träger der Aktion sind "überparteilich" getarnte Ausschüsse, die in jedem Ort gebildet wurden, und die einem "zentralen Ausschuss für Jugendweihen" unterstehen. In diesem Zentralausschuss sind Leute wie der sowjetzonale Kultusminister Becker, der Begründer der Aktivistenbewegung Hennecke, oder das ZK-Mitglied Wandel als Führungsspitze vertreten, während Angehörige der "bürgerlichen Blockparteien" und der Massenorganisationen für den demokratischen Anstrich zu sorgen haben. Wenn die SED selbst nicht als Träger der Jugendweihen in den Vordergrund tritt, so hat das seinen Grund: Von vornherein war starker Widerstand - vor allem auch kirchlicher Kreise - zu erwarten, den die SED zunächst von sich selbst ablenken wollte.

SPD Pressedienst  
OD/X/4

21. 3. 1955

In der Aufforderung zur "Jugendweihe" wird viel von dem Tag des Schulabgangs gesprochen, der seiner Bedeutung entsprechend gefeiert werden müsse. In Wirklichkeit aber geht es den Initiatoren nicht um eine einmalige Feier beim Schulabschluss, sondern um die "Vorbereitung der Jugendlichen auf die Jugendweihe". Diese Vorbereitungen aber sind nichts anderes, als eine neue Art der Polit-Schulung, durch die alle Teilnehmer in den "Diamat" (dialektisches Materialismus) eingeführt werden sollen. Man will damit mit einer Erscheinung Schluß machen, die sich in den letzten Jahren immer deutlicher zeigte: Die Schuljahre der FDJ, die von den 14-bis 25-jährigen absolviert werden soll<sup>en</sup>, blieben erfolglos, weil sie von der Mehrzahl der Jugendlichen nicht besucht wurden. Da im Berufsleben stehende Jugendliche schwerer zusammengebracht werden können, als etwa die Schulkinder, will man sie also schon hier zusammenfassen, Die Vorbereitung zur "Jugendweihe" ersetzt gleichsam das erste FDJ-Schuljahr, wobei die Kommunisten hoffen, daß die "Geweihten" sich auch später nicht ihren Schulungsverpflichtungen entziehen werden.

Vor allem die kirchlichen Kreise in der Zone haben sich durch Kanzelaufrufe und Hirtenbriefe gegen diesen kommunistischen Plan gewandt. Die evangelische Kirche hat strikt erklärt, sie werde niemanden konfirmieren, der an der "Jugendweihe" und ihrer Vorbereitung teilnehme. Ähnliche Maßnahmen hat sich die katholische Kirche vorbehalten. Aber weniggleich andere Kreise der Zone, so vor allem die politischen Widerstandskreise der Arbeiterschaft, auch nicht die Möglichkeit haben, so offen ihre Ablehnung zum Ausdruck zu bringen, so ist die Gegnerschaft von dieser Seite her nicht geringer. Es liegen viele Berichte vor, nach denen besonders aus der Arbeiterschaft nur wenige Schüler zur "Jugendweihe" angemeldet werden. Aus zwei sächsischen Arbeiterdörfern z.B., in denen in diesem Jahr 38 bzw. 40 Jugendliche die Schule beenden, wird uns berichtet, daß nur je 2 Schüler zur "Jugendweihe" bereit sind. In einer anderen sächsischen Staff weigerten sich die Lehrer, Vorbereitungsstunden abzuhalten. Selbst Drohungen mit Entlassungen blieben bis auf einen Fall erfolglos, in dem der Russischlehrer schließlich einwilligte.

SPD-Pressedienst

21. 3. 1955

OD/X/4

Diese Beispiele, die nicht alleine dastehen, beweisen eindeutig, daß die kommunistische "Jugendweihe" für die SED keine Erfolge bringen wird. Mit der neuen Polit-Schulung wird man höchstens die Kinder von Funktionären und solchen Leuten erreichen, die in direkter Abhängigkeit von Partei- oder Staatsdienststellen leben. Aber um diese Kreise zu erreichen, hätte es gewiß nicht des finanziellen und propagandistischen Aufwandes bedurft, der bisher vertan worden ist.

Stimmen aus der Sowjetzone

Aus der Fülle der aus der Sowjetzone eingehenden Zuschriften zu den letzten politischen Geschehnissen in der Bundesrepublik lassen wir hier zwei Auszüge folgen.

Der erste stammt aus einem Brandenburger Industriebetrieb, der zweite aus dem Senftenberger Braunkohlenrevier.

Kriegsgefahr

"Die ablehnende Stellungnahme der Arbeiterschaft gegen die Pariser Verträge und deren Ratifizierung vor dem Versuch neuer Verhandlungen hat sich in der letzten Zeit verstärkt. Es handelt sich dabei allerdings nicht um eine Stellungnahme zu Gunsten der sowjetischen und SED-Politik. Von größtem Einfluß auf die Stellungnahme der Arbeiter war die Tagung in der Frankfurter Paulskirche, die mehrere Tage lang Diskussionsthema war. In der Diskussion wird immer wieder die Gefahr darin gesehen, daß bei einer Weiterverfolgung der bisherigen Politik im Osten und auch im Westen ein Krieg, und dazu ein Bürgerkrieg unausweichlich bleibt. Viele Arbeiter vertreten den Standpunkt, eine solche Verschärfung der Situation käme der SED nur gelegen. Es sei zu befürchten, daß Pankow eines Tages einen solchen Bürgerkrieg absichtlich provozieren könnte.

SPD-Preessedienst  
CD/X/4

21. 3. 1955

Die überwiegende Mehrheit der Arbeiter glaubt noch immer an die Möglichkeit von Verhandlungen zur Lösung der deutschen Frage. Das Nachgeben der Russen bezüglich der Wehr- und der internationalen Kontrolle wie auch die demonstrative Aufhebung des Kriegszustandes mit ganz Deutschland spielen dabei eine große Rolle."

#### Tiefes Mißtrauen

"Die Masse der Bevölkerung sieht vor allem in der SED die wichtigste Kraft und den einzigen der Garant für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands. Allen anderen politischen Kräften in Westdeutschland bringt man ein tiefes Mißtrauen entgegen und vermutet, daß sich hinter ihrem Geschrei sehr wohl andere Interessen verbergen. Hinter Adenauer vermutet man vor allem die Interessen des politischen Katholizismus und hinter anderen Gruppen und Organisationen die Kräfte der Rüstungswirtschaft, der Hochfinanz und nationalistischer Elemente. Eine Aufrüstung in Westdeutschland wird weitgehend mißbilligt. Natürlich gibt es auch Kräfte, die dafür sind, jedoch sind diese allen Anschein nach in der Minderheit. Man ist weder für die Volkspolizei, noch für eine Natoarmee. Es läßt sich etwa so formulieren: Militärische Stärke des Westens ist zwar erforderlich, jedoch verbietet die besondere deutsche Situation, daran teilzunehmen. Hierbei sind in der Arbeiterschaft nicht so sehr die Überlegungen der hohen Politik und der Strategie maßgebend, als vielmehr ein tiefes und begründetes Mißtrauen gegen die Kräfte der früheren deutschen faschistischen Wehrmacht und allem, was dazu gehörte."

- - - - -

Unsere Glosse:

#### Herr Bachment schuf Aktionseinheit

R.M. Die Arbeiter des Wildauer VEB "Heinrich Rau" hatten neulich die seltene Gelegenheit, die von der SED propagierte "Aktionseinheit" in der Praxis zu bewundern. Aus Hamburg kam ein Westflüchtling zu ihnen, "aus dem Westen vertrieben, weil er als DDR-Kassierer für Aktionseinheit undahren Sozialismus eintrat." -

"Ungedrohen werde ich das hier weiter tun," hauchte Eschment, der Flüchtling aus dem Westen, der sich im Übrigen mit der Stelle des FDGB-Kassierers abfinden ließ.

Im Namen der "Aktionseinheit und des wahren Sozialismus" begann er, die rückständigen Beiträge der kommunistischen Zwangsgewerkschaft einzutreiben. Und da er ein harter Klassenkämpfer war, zog er manchen Arbeiter manchen Groschen aus der Tasche. "Die sozialistische Kassenlage muß verbessert werden," schmeuzte Eschment, der Flüchtling aus dem Westen, der sich im Übrigen für seine Bemühungen einen vierstelligen Aufbaukredit von der SED verschreiben ließ.

Nach sechs Wochen hatte er genug beisammen: Er stellte die Aktionseinheit mit dem eingetriebenen Geld her, sozialisierte die FDGB-Kasse samt Krediten und - verschwand. "Die SED führte mich dem Wohlstand entgegen," jauchzte Eschment, der Flüchtling aus dem Osten, der sich im Übrigen z.Zt. damit beschäftigt, die SED-Pfeifen auf den Kopf zu hauen.

Die Wildauer SED aber jammert um ihren einfallsreichen Praktikanten der Aktionseinheit und - macht weiter ihre Propaganda, denn die Dummheit werden nie alle, und durch Schaden werden nur Verständige klug, leider.

#### Gestante Steuererhöhung

G.d. Berlin

Die Sowjetzonenregierung hat die Finanzämter angewiesen, eine Steuererhöhung durchzuführen. Während noch im Jahre 54 Ledige in Steuerstufe I, Verheiratete in Steuerstufe II, Verheiratete mit Kindern in Steuerklasse III eingestuft wurden, müssen ab sofort alle Verheirateten ohne Kinder nach Steuergruppe I veranlagt werden. In verschiedenen Betrieben der Zone ist es deshalb zu Protestversammlungen gekommen, als die Finanzämter im Monat März mit Nachzahlungsbefehlen für Januar/Februar an kinderlose Verheiratete herantreten. Im Gesetzblatt der Sowjetzone ist bis jetzt ein derartiges Gesetz nicht veröffentlicht worden, so daß die Anweisung alsgeheim erfolgte.